

## Positionierung der SoHo zu einem Partnerschaftsgesetz

Durch ÖVP-interne Machtkämpfe und insbesondere durch die Abrückung des Parteivorsitzenden Molterer von der im Oktober 2007 festgelegten Positionierung (Partnerschaftsrecht nach Schweizer Modell mit den Ausnahmen Adoption und Möglichkeit der Nutzung der Fortpflanzungsmedizin für gleichgeschlechtliche Paare) ist die Verabschiedung eines derartigen Gesetzes ernsthaft in Gefahr, vielleicht sogar unmöglich geworden. Die alleinige Verantwortung für ein Scheitern trägt die ÖVP, in der sich der Schlüssel-Kurs (Gleichstellung nur im zivilrechtlichen Bereich und ein Eingehen nicht am Standesamt) durch zu setzen droht.

Die SoHo spricht Genossin Maria Berger große Anerkennung aus, da es das Justizministerium ist, welches in den letzten Monaten eine Gesetzzerdung vorangetrieben hat. Sollte politisch eine Gesetzzerdung mit der ÖVP noch möglich sein, so positioniert sich die SoHo wie folgt:

Die SoHo fordert seit Jahren eine umfassende rechtliche Anerkennung und Absicherung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Konkret fordert die SoHo daher einerseits die Gleichstellung gleich- und verschiedengeschlechtlicher Lebensgemeinschaften bzw. der Einführung einer standesamtlich eingetragenen Partnerschaft (EP) für Lesben und Schwule nach skandinavischem Modell und mittelfristig die Öffnung des Eherechts.

Mit "skandinavischem Modell" verstehen wir ein Partnerschaftsgesetz, welches (wenn wohl auch mit Ausnahme der politisch derzeit nicht umsetzbaren Möglichkeit der Adoption), den gleichgeschlechtlichen "verpartnerten Paaren" in allen Rechtsbereichen des Bundes dieselben Rechte und Pflichten einräumt, wie Ehepaaren. Rechtstechnisch legen wir uns nicht sklavisch auf eine bestimmte Form fest ("Generalklausel"), die SoHo hat immer erklärt, dass uns die Form der Umsetzung nicht so wichtig ist, wesentlich erscheint uns der Inhalt: Ein eigenes Rechtsinstitut ist für uns dann akzeptabel, wenn die Rechte und Pflichten sich praktisch am geltenden Eherecht orientieren: "light"-Varianten für gleichgeschlechtliche Paare lehnen wir ab!

Aufgrund der auf Ministeriumsebene eingeschlagenen Vorgangsweise ergibt sich daraus: Wir begrüßen die Initiativen des Justizressorts, einen Entwurf für den Kern eines Partnerschaftsgesetzes zu schaffen, welcher sich im Wesentlichen am Eherecht orientiert. Aufgrund der Zuständigkeiten ist uns bewusst, dass dieser Kern im wesentlichen zwei Punkte umfasst: die Definition dieser Partnerschaft bzw. die Form ihres Zustandekommens und die damit verbundenen zivilrechtlichen Pflichten (Unterhaltsverpflichtung usw.). Aber ein Partnerschaftsgesetz kann natürlich nicht nur die Pflichten betreffen, es ist erst vollständig, wenn auch die sogenannten Materiengesetze geändert werden, da hier im wesentlichen die Rechte gegenüber dem Staat jenseits des Zivilrechts festgeschrieben sind (z.B. Hinterbliebenenversorgung).

Aufgrund der offenbaren Tatsache, dass die ÖVP in diesem Bereich nicht paktfähig ist, kann die SoHo einem Partnerschaftsgesetz nur unter folgenden Bedingungen zustimmen: Wir stimmen einem Partnerschaftsgesetz mit der unbedingten Auflage zu, dass die davon berührten Materiengesetze entweder

- 1) gleichzeitig mit dem Partnerschaftsgesetz beschlossen werden oder**
- 2) ein verbindlicher Zeitplan für die Novellierung erstellt und beschlossen wird und**
- 3) die "Zeremonie" am Standesamt stattfindet.**

Die SoHo vertritt konsequent die Belange von Lesben und Schwulen und würde deshalb niemals einem „Partnerschaftsgesetz“ zustimmen, welches (wie von Schlüssel schon im Vorjahr polemisch vorgeschlagen) diesen Paaren nur wechselseitig zivilrechtliche Pflichten zuweist und die notwendigen Rechte von höchst fragwürdigen politischen Mehrheiten bei der Novellierung von

Einzelgesetzen abhängig macht! Die SoHo würde auch alles unternehmen, um die SPÖ darauf hinzuweisen, dass ein „Partnerschaftsgesetz“, welches den Paaren nur Pflichten bringt, natürlich nur ein Schildbürgerstreich sein kann. Eine solche Vorgangsweise im Vertrauen darauf, dass man die Gesetze, die die Rechte betreffen, nachträglich mit der ÖVP beschließen werde bzw. betroffene Paare ja den Rechtsweg beschreiten könnten, würde tatsächlich in alle Geschichtsbücher eingehen: als international völlig einzigartiger Fehlgriff! Es wäre das kurioseste, dümmste und für Lesben und Schwule natürlich schlechteste „Partnerschaftsgesetz“ der Welt!

Die SoHo fordert daher die ÖVP auf, ihre unwürdigen Spielchen zu unterlassen und endlich verbindlich zu erklären, ob es bei ihrer Absicht bleibt, gemeinsam mit der SPÖ ein Partnerschaftsgesetz nach Schweizer Modell zu realisieren. Die SPÖ fordern wir auf, auf keinen Fall einen Weg einzuschlagen, der Rechte für gleichgeschlechtliche Paare von der Gnade eines Herrn Schlüssel abhängig macht, und sich hier nicht auf ein politisches Selbstmordkommando einzulassen.